



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 25, No. 5-7/2010

abgeschlossen am
23. Juli 2010

	<u>Seite</u>
1. Congress verabschiedet Reform der Finanzmarktaufsicht	1
2. Senat bestätigt Nominierung von General Petraeus als neuen Oberkommandierenden in Afghanistan	2
3. Congress debattiert über Ölkatastrophe im Golf von Mexiko	5
4. Repräsentantenhaus verabschiedet Wahlkampffinanzierungsgesetz	6
5. Bemühungen um Energie-Gesetz und Klimaschutz im Senat festgefahren	7
6. Parteipolitisches Tauziehen um Verlängerung der Arbeitslosenversicherung	8
7. Diskriminierung von Homosexuellen in den Streitkräften soll beendet werden	9
8. Anhaltender Widerstand gegen Schließung des Gefangenenlagers <i>Guantánamo</i>	11
9. Justizausschuss bestätigt Nominierung von Elena Kagan als Verfassungsrichterin	12
10. Senator Robert C. Byrd verstorben	15

1. Congress verabschiedet Reform der Finanzmarktaufsicht

Der Congress hat nach mehrmonatigen Beratungen eine Reform der Finanzmarktaufsicht, die Lehren aus dem krisenhaften Einbruch der Finanzmärkte vom Oktober 2008 ziehen soll, im Juli 2010 angenommen (vgl. CR 1-2/2010, S. 4).

Der Senat verabschiedete die Gesetzesvorlage des Vermittlungsausschusses am 15. Juli 2010 mit 60 gegen 39 Stimmen. Nur drei republikanische Senatoren, Scott Brown (Massachusetts), Susan Collins (Maine) und Olympia J. Snowe (Maine) stimmten mit der demokratischen Mehrheit, drei Demokraten schlossen sich der Opposition an.

Das Repräsentantenhaus hatte die Kompromissvorlage bereits am 30. Juni in einer gleichermaßen parteipolitisch polarisierten Abstimmung mit 237 zu 192 Stimmen angenommen.

Die zentralen Bestimmungen des Reformpakets sehen vor, dass

- die Aufsicht über Bausparkassen unter dem Dach des *Office of the Comptroller of the Currency*, der für die Bankenaufsicht zuständig ist, geordnet wird;
- eine neu einzurichtende Behörde, das *Consumer Financial Protection Bureau*, den Missbrauch im Bereich der privaten Kreditvergabe, die neben Hausdarlehen auch Kreditkarten umfasst, überwacht;
- die *Federal Deposit Insurance Corporation* (FDIC) in Zukunft neben der Versicherung von Bankeinlagen die Abwicklung konkursbedrohter Finanzinstitute übernimmt und
- ein ebenfalls neu geschaffener *Financial Stability Oversight Council* über systemische Risiken für die Wirtschaft wachen soll.

Zudem sollen Kreditrating-Agenturen mit strengeren Auflagen von leichtfertigen Bonitäts-Erklärungen abgehalten werden. Private Banken müssen das risikoreiche Geschäft mit Derivaten an unabhängig organisierte und kapitalisierte Unternehmen übertragen.

Während weiter reichende Reformvorstellungen wie die erneute Trennung von Banken und Investmenthäusern oder die vollständige Konsolidierung der Bankenaufsicht in einer Behörde nicht durchsetzbar waren, feierten Barney Frank (D-Massachusetts), der Vorsitzende des *House Financial Services Committee*, und Christopher J. Dodd (D-Connecticut), der Vorsitzende des *Senate Banking Committee*, die Annahme des Gesetzes als großen Erfolg.

Die große Mehrheit der Republikaner sieht in dem Reformgesetz dagegen einen „Amoklauf der Bürokraten“, das Verfügbarkeit und Kosten privater Kredite zu Lasten der Wirtschaft und der Arbeitsplätze stark beeinflussen wird.

Versuche der republikanischen Opposition, in dem Gesetz eine stärkere Aufsicht über die US Bundesbank, die *Federal Reserve Bank (Fed)*, festzuschreiben, scheiterten am Widerstand der Demokraten.

Diese wollten der Opposition lediglich eine Untersuchung der Kreditvergabe der *Fed* während der akuten Phase der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 durch das *General Accounting Office (GAO)* zugestehen.

Präsident Barack Obama, der die Reform der Finanzmarktaufsicht zu einer der Prioritäten seiner Administration erklärt hat, begrüßte die Verabschiedung des Gesetzes und hat es umgehend unterzeichnet.

2. Senat bestätigt Nominierung von General Petraeus als neuen Oberkommandierenden in Afghanistan

Der Senat hat am 30. Juni 2010 gemäß Artikel II, Abschnitt 2, der amerikanischen Verfassung die Nominierung von General David H. Petraeus als dem neuen Oberkommandierenden der *International Security Assistance Force (ISAF)* in Afghanistan einstimmig mit 99:0 Stimmen bestätigt. Der 57-jährige Petraeus, der seit 2008 Oberkommandierender des *U.S. Central Command* war, tritt die Nachfolge von General Stanley A. McChrystal an, den Präsident Barack Obama am 23. Juni 2010 nach einer kontroversen Reportage in der Zeitschrift „Rolling Stone“ mit dem Titel: „The Runaway General“ seines Postens enthoben hatte.

Der Artikel, der zur Entlassung von McChrystal führte, kann im *Worldwide Web* unter <http://www.rollingstone.com/politics/news/17390/119236> nachgelesen werden. In ihm hatten sich Mitarbeiter des Stabes von McChrystal abfällig über einige hochrangige Vertreter der Administration Obama wie Vizepräsident Joseph Biden, den Nationalen Sicherheitsberater Jim Jones und den Afghanistan-Beauftragten Richard Holbrooke geäußert.

Folgt man dem Reporter des *Rolling Stone*, Michael Hastings, der McChrystal und seinen Stab längere Zeit begleitet hatte, dann wurde Jones von einem Stabsmitglied McChrystals als „Clown“ und Holbrooke als „verwundetes Tier“ bezeichnet. Auch der amerikanische Präsident selbst wurde von McChrystals Stab kritisiert. So habe sich Obamas Arbeitsverhältnis zu McChrystal über einen „zehnminütigen Phototermin“ definiert, was dazu geführt habe, dass der General „ziemlich enttäuscht“ gewesen sei, wie es in der Reportage hieß.

Generell entstand in dem Artikel der Eindruck der Illoyalität des Generals gegenüber seinem Commander-in-Chief, was Obama zunächst zu einem Rapport und dann zur Entlassung McChrystals veranlasste. „War is bigger than any one man or woman, whether a private, a general or a president“, so der Präsident, der darüber hinaus ausführte: “The conduct represented in the recently published article does not meet the standard that should be set by a commanding general.” Dann wurde Obama noch grundsätzlicher: „It undermines the civilian control of the military that is at the core of our democratic system.“

McChrystals Nachfolger Petraeus genießt im Congress sehr großes, überparteiliches Ansehen, weil es ihm im Rahmen seiner *Counterinsurgency* (COIN)-Strategie, die er zwischen 2005 und 2007 als Kommandeur des *Combined Arms Center* und dann 2007/2008 als Oberbefehlshaber der amerikanischen und alliierten Truppen im Irak gelang, den Konflikt dort merklich zu dämpfen, der die USA seit ihrer militärischen Intervention im März 2003 nach Berechnungen des *Congressional Research Service* etwa 750 Mrd. USD und mehr als 4300 gefallene amerikanische Soldaten gekostet hat.

Petraeus, so der einflussreiche Republikaner John McCain (R-Arizona) „hat bewiesen, dass wir Kriege gewinnen können“. Entsprechend groß ist die Hoffnung, dass es ihm gelingt, den seit November 2001 geführten Krieg in Afghanistan zu beenden und die Taliban zu besiegen. Präsident Obama hat den Krieg in Afghanistan im August 2009 als einen „war of necessity“ bezeichnet. In einer Rede an der Militärakademie West Point am 1. Dezember 2009 kündigte er zunächst eine Aufstockung der amerikanischen Truppen um 30.000 Soldaten an, um diese dann innerhalb von 18 Monaten, also ab dem Juli 2011, abzuziehen („our troops will begin to come home“).

General Petraeus erklärte in den Anhörungen vor dem Senat zu seiner Nominierung als Nachfolger von McChrystal, dass die Truppenaufstockung, die Präsident Obama im Dezember 2009 angekündigt hatte, im August 2010 abgeschlossen sein soll. Allerdings würden die NATO-Verbündeten bis zu diesem Zeitpunkt nur 60 Prozent der zusätzlich zugesagten 9700 Soldaten in Afghanistan stationiert haben.

Gleichzeitig ließ der General bei aller Unterstützung für ein Abzugsdatum ab Mitte 2011 („a qualified yes“) erkennen, dass dies keinen vollständigen Rückzug der amerikanischen Truppen bedeuten könne. Sorgen scheint dem neuen Oberkommandierenden der ISAF-Truppen vor allem der geplante Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte zu machen, die bis zum Oktober 2010 134000 Soldaten und 96000 Polizeikräfte umfassen sollen.

Beobachtern der Situation vor Ort zu Folge verlassen jedes Jahr 20 bis 25 Prozent der afghanischen Sicherheitskräfte, die ab 2011 sukzessive die Kontrolle des Landes übernehmen sollen, den Dienst. Außerdem scheint es nach wie vor Rekrutierungsprobleme zu geben und es wird davon ausgegangen, dass die Zahl der Analphabeten unter den afghanischen Rekruten für Polizei und Militär unvermindert groß ist.

Hinzu kommt, dass die Korruption im Land nach wie vor nicht unter Kontrolle ist und

zivilgesellschaftliche Strukturen auch neun Jahre nach Beginn der Intervention nur unzureichend ausgebildet sind. So soll der amerikanische Botschafter in Kabul, Karl W. Eikenberry, im November 2009 in einer Depesche erklärt haben, Präsident Hamid Karzai „is not an adequate strategic partner.“ Der Botschafter soll darüber hinaus in seinem Bericht folgendes festgehalten haben: „Sending additional troops will delay the day when Afghans will take over, and make it difficult, if not impossible, to bring our people home on a reasonable timetable.“ Noch düsterer liest sich folgende - Eikenberry zugeschriebene - Formulierung: „Beyond Karzai, there is no political ruling class that provides an overarching national identity that transcends local affiliations and provides reliable leadership.“

Innenpolitisch ist die neue „AfPak“-Strategie der Obama-Administration vor allem unter den Parteigängern der republikanischen Partei umstritten, zumal die Zahl der gefallenen amerikanischen Soldaten 2009/2010 im Vergleich zu den Vorjahren merklich zugenommen hat. Insgesamt sind in Afghanistan bis jetzt 1195 amerikanische Soldaten gefallen, wobei allein in den Jahren 2009/2010 bisher 565 Soldaten ums Leben gekommen sind. Nach Berechnungen des *Congressional Research Service* summieren sich die Kriegskosten für die USA (2001-2010) inzwischen auf etwa 300 Mrd. USD, wobei davon ausgegangen wird, dass jeder einzelne amerikanische Soldat vor Ort eine Million Dollar pro Jahr kostet.

Auf Grund der fragilen politischen Situation und der Rückzugsgebiete der Taliban in Pakistan ist der Krieg in Afghanistan für viele Beobachter wesentlich schwieriger siegreich zu beenden als der Irakkrieg.

Viele Republikaner im Congress halten deshalb ein geplantes Abzugsdatum im Juli 2011 für „unverantwortlich“. Diese Entscheidung, so Senator McCain (Arizona), „does not bode well for success in Afghanistan“. Umgekehrt formulierte der Demokrat Carl Levin (Michigan): „I strongly believe it is essential for success in Afghanistan that everyone understands the urgency with which the Afghans need to take responsibility for their own security.“ Petraeus hatte während der Anhörungen zu seiner Nominierung vor dem Streitkräfteausschuss des Senats deutlich gemacht, dass mit dem angekündigten Abzugsdatum des Juli 2011 nur der Beginn einer „Transitionsphase“ gemeint sei, in der „die afghanische Regierung mehr und mehr Verantwortung übernimmt“. Die internationale Staatengemeinschaft spricht seit ihrer Londoner Geberkonferenz für Afghanistan im Juli 2010 vom Jahr 2014 als dem Zeitpunkt, zu dem die afghanische Regierung komplett die Verantwortung übernehmen soll.

Der *NATO*-Generalsekretär Andres Fogh Rasmussen erklärte in diesem Zusammenhang kürzlich: „We have now a new commander of the I.S.A.F. mission, Gen. David Petraeus. But our strategy hasn't changed, because it is the right one. Our objective is clear: to ensure that Afghanistan does not again become a safe haven for terrorism. We are building Afghans' ability to resist terrorism and extremism on their own. We are changing the political conditions in key strategic areas of Afghanistan; we are protecting the population: we are strengthening the capability of the elected government; and we are training the Afghan army, to enable Afghanistan to look after its own security.“

3. Congress debattiert über Ölkatastrophe im Golf von Mexiko

Repräsentantenhaus und Senat haben im Juni und Juli 2010 ihre Vorstellungen zu einer gesetzgeberischen Reaktion auf die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko konkretisiert (vgl. CR 3-4/2010, S. 5).

Während es dem Unternehmen BP zwischenzeitlich gelungen scheint, den unkontrollierten Austritt von Rohöl aus dem betroffenen Bohrloch zumindest einzudämmen, ist weder ein Ende der Ölverseuchung noch das Ausmaß des entstandenen Schadens abzusehen.

Das Repräsentantenhaus hat mit den Stimmen der demokratischen Mehrheit im Juli 2010 bereits zwei Gesetzesentwürfe angenommen, die sich allerdings auf die Erforschung und Entwicklung von Strategien zur Verhinderung und Bekämpfung von Unglücken auf Meeres-Bohr- und -Förder-Anlagen beschränken.

House Majority Leader Steny Hoyer (Md.) hat für die demokratische Führung des Repräsentantenhauses angekündigt, dass noch vor Beginn der Sitzungspause des Congress im August ein umfassendes Paket zur Krisenprävention und zum Krisenmanagement verabschiedet werden soll.

Die Kernpunkte des Gesetzesvorhabens sind

- die Entwicklung neuer Sicherheitstechnologien für die Tiefsee-Ölexploration,
- die Verbesserung der Aufsicht bereits im Prozess der Vergabe von Bohr-Lizenzen und
- die Entwicklung von Programmen zur Schadensbeseitigung und Kompensation von Geschädigten.

Vor allem die republikanische Opposition und Vertreter von Wirtschaftsinteressen wenden jedoch ein, dass die zahlreichen geplanten Präventions- und Kontrollmaßnahmen die Ölförderung in der Region abzuwürgen drohen. Dies würde zu einem Verlust von Arbeitsplätzen und höheren Energiekosten führen.

Besonders umstritten ist die Frage der Schadensregulierung für die Öl-Katastrophe, die nach Schätzungen schon jetzt über 20 Mrd. USD umfassen wird.

Die Demokraten im Congress ebenso wie die Obama-Administration wollen die volle Kostenübernahme durch BP gesetzlich festschreiben.

Unter Verweis auf die bisher gültigen Haftungsobergrenzen für solche Industrieunfälle

lehnen konservative Republikaner allerdings eine rückwirkende Änderung des Schadenshaftungsrechts ab.

Die offenen Konflikte um die rechtliche Verantwortung und die staatliche Kontrolle lassen erwarten, dass insbesondere im Senat keine schnelle Kompromissfindung zu erwarten ist.

Während das *Senate Energy and Natural Resources Committee* schon Ende Juni 2010 einen Gesetzesentwurf für die Prävention und Schadensbekämpfung an das Plenum überwiesen hat, mahnte der parteiunabhängige Senator Joseph Liebermann (Connecticut) vor allzu großer Eile.

Angesichts des breiten öffentlichen Unmuts über die Öl-Katastrophe ist jedoch kaum damit zu rechnen, dass konservative Republikaner und Demokraten in den ölproduzierenden Bundesstaaten eine gesetzgeberische Reaktion gänzlich verhindern werden.

4. Repräsentantenhaus verabschiedet Wahlkampffinanzierungsgesetz

Das Repräsentantenhaus hat mit den Stimmen der demokratischen Mehrheit am 24. Juni 2010 ein Gesetz zur Wahlkampffinanzierung verabschiedet, das auf die Offenlegung der Geldquellen und der Hintermänner von Interessengruppen zielt.

Die Gesetzesvorlage wurde mit 219 zu 206 Stimmen angenommen. Nur zwei Republikaner, Anh „Joseph“ Cao (Louisiana) und Michael N. Castle (Delaware), stimmten mit der Mehrheit der Demokraten.

Die von dem Abgeordneten Chris Van Hollen (D-Maryland), dem Vorsitzenden des *Democratic Congressional Campaign Committee* (DCCC), und Senator Charles E. Schumer (D-New York), dem vormaligen Vorsitzenden des *Democratic Senatorial Campaign Committee* (DSCC), eingebrachte Vorlage sieht vor, dass

- Interessengruppen die Finanzierung und Unterstützung von Anzeigenkampagnen öffentlich machen müssen und
- verbietet die Beteiligung von ausländischen Unternehmen und Organisationen an solchen Aktivitäten.

Die Gesetzesinitiative reagiert auf ein neues Urteil des Supreme Court (*Citizens United v. Federal Election Commission*), in dem eine knappe Mehrheit der Verfassungsrichter Unternehmen in Wahlkämpfen die gleichen politischen Beteiligungsrechte wie Bürgern zusprach.

Allerdings sieht die Vorlage vor, dass „etablierte“ Organisationen, die bereits mehr als 10 Jahre existieren und mehr als 500.000 Mitglieder haben, von der Offenlegung ihrer Finanzquellen ausgenommen bleiben.

Die Ausnahmeregelung zielt auf Organisationen wie die *National Rifle Association* (NRA), deren Widerstand die Vorlage leicht hätte zu Fall bringen können.

Republikaner und Wirtschaftsverbände sind dennoch gegen die Gesetzesinitiative, weil sie eine abschreckende Wirkung auf die politische Beteiligung und Vorteile für die Gewerkschaften befürchten.

Die *American Civil Liberties Union* (ACLU) befürchtet einen negativen Einfluss auf *free speech rights*, andere Bürgerrechtsorganisationen begrüßen jedoch die perspektivische Erhöhung der Transparenz im politischen Prozess.

Im Senat wird ein ähnlich knappes Abstimmungsergebnis wie im Repräsentantenhaus erwartet.

Die demokratische Senatsführung um *Majority Leader* Harry Reid (Nevada) konzentriert sich in ihren Bemühungen um eine durchsetzungsfähige Koalition deswegen auf die Zustimmung gemäßigter Republikaner, vor allem von Susan Collins und Olympia J. Snowe (beide Maine). Beide Republikanerinnen unterstützen traditionell Bemühungen um Transparenz und Fairness in den Wahlkämpfen, halten sich in der aktuellen Debatte jedoch bisher bedeckt.

Präsident Barack Obama hat die Verabschiedung der Gesetzesvorlage durch das Repräsentantenhaus begrüßt und den Senat zu einer baldigen Zustimmung aufgefordert.

5. Bemühungen um Energie-Gesetz und Klimaschutz im Senat festfahren

Die Bemühungen der demokratischen Senatsfraktion um die Ausarbeitung eines Energie- und Klimaschutzgesetzes haben sich im Juni und Juli 2010 an innerparteilichen Differenzen festfahren und zwischenzeitlich dazu geführt, dass die Demokraten die Behandlung des Themas vertagt haben.

Während in der Partei ein breiter Konsens über ein größer dimensioniertes Programm zur Förderung alternativer Energien besteht, das zugleich als Förderprogramm für „grüne Jobs“ fungieren soll, konnte keine gemeinsame Linie über die Aufnahme harter Auflagen zum Klimaschutz in das Gesetzespaket gefunden werden.

So favorisierte der Vorsitzende des *Senate Energy and Natural Resources Committee*, Jeff Bingaman (D-New Mexico) einen Gesetzentwurf zur Förderung erneuerbarer Energieträger und zur Energieeinsparung, während John Kerry (D-Massachusetts),

Joseph Lieberman (I-Connecticut) und Maria Cantwell (D-Washington) mit ihren Einzelinitiativen noch weitergehende Vorstellungen zum Klimaschutz verbanden.

Majority Leader Harry Reid (D-Nev.) hatte bereits drei Fraktionskonferenzen zu dem strittigen Thema einberufen, die allerdings ohne greifbare Ergebnisse blieben.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht die Frage der Aufnahme streng definierter Emissionsobergrenzen, die insbesondere von Seiten der US-Energiewirtschaft bisher strikt abgelehnt werden.

Senator Lieberman (I-Connecticut), der informelle Verhandlungen zwischen Energiewirtschaft und Umweltschutzgruppen organisiert hatte, drängte auf eine Vertagung der Gesetzgebung auf den Herbst 2010, um der Kompromissfindung mehr Zeit zu lassen.

Gemäßigt liberale Demokraten wollten jedoch den anstehenden Wahlkampf im November dieses Jahres, in dem sie angesichts der unverändert schwierigen Wirtschaftslage ohnehin mit starkem Gegenwind rechnen, nicht zusätzlich mit dem kontroversen Thema „Klimaschutz“ belasten.

Die große Mehrheit der Republikaner steht harten Obergrenzen für die Emission von Kohlendioxid unverändert ablehnend gegenüber und verweist auf die zusätzlichen Belastungen für die US-Wirtschaft und die Konsumenten.

Nur wenige gemäßigte Republikaner wie die viel umworbene Senatorin Susan Collins (Maine) zeigten sich gegenüber einer langfristigen Klimaschutzgesetzgebung offen, wollten aber die scharfen Reduktionsziele der Demokraten nicht mittragen.

Der sichtlich abnehmende Wille in den demokratischen Fraktionen beider Kammern der Wirtschaft und den Bürgern zusätzliche Kosten für ein Klimaschutzgesetz zuzumuten, lässt ungeachtet der Forderungen der Obama-Administration im laufenden Jahr keine Durchbrüche mehr in der Klimapolitik der USA erwarten.

6. Parteipolitisches Tauziehen um Verlängerung der Arbeitslosenversicherung

Parteipolitische Differenzen zwischen Demokraten und Republikanern haben im Juni und Juli 2010 erneut die überfällige Verlängerung der maximalen Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld verzögert.

Bereits während der ersten Hälfte des Jahres (vgl. CR 3-4/2010, S. 7; CR 1-2/2010, S. 8) hatte es ein anhaltendes zwischenparteiliches Ränkespiel um die Verlängerung des regulär auf 26 Wochen begrenzten Arbeitslosengeldes gegeben.

Die von den Demokraten angesichts der unverändert schwierigen Lage am Arbeitsmarkt vorgeschlagene Fristverlängerung bis Ende November 2010 war wiederholt am Widerstand der Opposition gescheitert.

Die Republikaner, die sich angesichts der hohen Popularität des Vorschlags nicht zu einer offenen Ablehnung durchringen konnten, verlegten sich auf eine hartnäckige Obstruktionstaktik im Senat.

Ihr Kernargument ist dabei, dass die Verlängerung der Bezugsdauer bisher nicht ordnungsgemäß im Haushalt verbucht ist und durch neue Schuldenaufnahme finanziert werden soll.

Allerdings wollen sie, von fiskalkonservativen Argumenten ganz abgesehen, auch mit Blick auf die anstehenden Zwischenwahlen zum Congress im November verhindern, dass die Demokraten mit sozialpolitischen Wohltaten bei den Wählern punkten.

Erleichtert wurde die republikanische Verzögerungstaktik zuletzt durch den Tod von Senator Robert C. Byrd (D-West Virginia, siehe Punkt 10), was den Republikanern ihre Blockadepolitik durch *Filibuster* erleichterte.

Verhandlungen der demokratischen Parteiführung um Senator Harry Reid (Nevada) mit gemäßigt konservativen Republikanern wie Susan Collins (Maine) scheiterten an Versuchen, die Fristverlängerung im Paket mit anderen, kritisch betrachteten Hilfsmaßnahmen zu verabschieden.

Die Besetzung des vakanten Senatssitzes Byrds Mitte Juli 2010 und die Unterstützung einzelner moderater Republikaner wie der Senatorin Olympia Snowe (Maine) erlaubte es den Demokraten schließlich, das *Filibuster*, die Verhinderung der Abstimmung durch Verweigerung der Beendigung der Debatte, zu durchbrechen.

Das gemeinsam von Bund und Einzelstaaten getragene Programm zur Verlängerung der Frist bis Ende November 2010 soll knapp 34 Mrd. USD kosten und durch die Aufnahme zusätzlicher Kredite finanziert werden.

Im Repräsentantenhaus verfügen die Republikaner nicht über die geschäftsordnungstechnischen Mittel, um die Verabschiedung der Initiative gegen den Willen der demokratischen Mehrheit verhindern zu können.

Präsident Obama, der an seiner Unterstützung für die Fristverlängerung keine Zweifel gelassen hatte, kritisierte die Republikaner scharf, weil sie für Steuersenkungen für Besserverdienende eintreten, aber keinerlei Hilfsbereitschaft für die von der Krise am härtesten Betroffenen zeigten.

7. Diskriminierung von Homosexuellen in den Streitkräften soll beendet werden

Im Rahmen der Verabschiedung der *Defense Authorization* für das Haushaltsjahr 2011

haben sich das Repräsentantenhaus am 28. Mai 2010 und der Streitkräfteausschuss des Senats einen Tag zuvor dafür ausgesprochen

- ein Gesetz außer Kraft zu setzen, das Männern und Frauen, die sich offen zu ihrer Homosexualität bekennen, den Dienst in den amerikanischen Streitkräften untersagt.

Das Repräsentantenhaus stimmte mit 234 zu 194 Stimmen für die Entscheidung, wobei 229 Demokraten und 5 Republikaner mit „Ja“ und 168 Republikaner und 26 Demokraten mit „Nein“ stimmten. Im *Senate Armed Services Committee* fiel die Entscheidung mit 16:12 Stimmen. Während die Demokraten mit der Ausnahme von Jim Webb (Virginia) für den Zusatz zur *Defense Authorization 2011* stimmten, sprachen sich die Republikaner mit Ausnahme von Susan Collins (Maine) dagegen aus.

Gestrichen werden soll ein als “don’t ask, don’t tell” bezeichnete Gesetz aus dem Jahr 1993 (*Public Law 103-160*), das Homosexuellen den Militärdienst in den USA verbietet und es Vorgesetzten in den Streitkräften nicht erlaubt, nach der sexuellen Orientierung ihrer Untergebenen zu fragen.

Admiral Mike Mullen, der Vorsitzende der *Joint Chiefs of Staff* (JCS) und Verteidigungsminister Robert M. Gates hatten die Gesetzesinitiative, die auf Patrick J. Murphy (D-Pennsylvania) im Repräsentantenhaus und Joseph I. Lieberman (I-Connecticut) im Senat zurückgeht, unterstützt, allerdings eine Überprüfung („Review“) der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die amerikanischen Streitkräfte bis zum 1. Dezember 2010 angekündigt.

Zuvor hatte man sich in den Streitkräfteausschüssen beider Kammern des Congress darauf verständigt, dass die Beendigung von “don’t ask, don’t tell” erst dann erfolgen soll, wenn dieser *Review* abgeschlossen ist und die Administration offiziell festgestellt hat, dass durch die Gesetzesinitiative die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

Gay Rights-Organisationen begrüßten die Voten des Repräsentantenhauses und des *Senate Armed Services Committee* als lange überfälligen politischen Schritt der Gleichstellung von Homosexuellen in den amerikanischen Streitkräften.

Allerdings formiert sich zwischenzeitlich auch massiver politischer Widerstand vor allem in den Reihen der republikanischen Partei, aber auch unter konservativen Demokraten. Einflussreiche Mitglieder der republikanischen Minderheit im Streitkräfteausschuss des Repräsentantenhauses, wie Howard „Buck“ McKeon (California) halten eine Entscheidung des Congress *vor* der Einbeziehung der Streitkräfte in der Frage des Umgangs mit Homosexuellen für eine „Charade“. Die republikanische Fraktionsführung im Senat hat in diesem Zusammenhang ein *Filibuster* der *Defense Authorization Bill* angedroht, mit welcher der Congress jährlich der Sache nach über die Verteidigungspolitik der USA entscheidet. Zentral dürfte hier die Rolle von Senator John McCain (R-Arizona) sein, der sich als sehr „betroffen“ über den Zusatz zur Beendigung von “don’t ask, don’t tell” gezeigt hat.

Die Befürworter der offiziellen Gleichstellung von Homosexuellen in den Streitkräften gehen davon aus, dass sie die erforderlichen sechzig Stimmen zur Beendigung eines *Filibuster* im Wege eines *Cloture* im Senat bekommen könnten, auch wenn dies die Unterstützung von einigen Republikanern voraussetzen würde, da auch einige konservative Demokraten wie Jim Webb (Virginia) gegen die Gesetzesinitiative sind.

Notfalls hoffen sie darauf, dass Präsident Obama die Beendigung von “don’t ask, don’t tell” auch im Wege einer *Executive Order* verfügen würde, was dann allerdings von einer nachfolgenden Administration durch einen Federstrich wieder gestrichen werden könnte.

8. Anhaltender Widerstand gegen Schließung des Gefangenenlagers *Guantánamo*

Wie schon im Vorjahr 2009 (vgl. CR 9-10/2009, S. 9) gibt es auch in Barack Obamas zweitem Amtsjahr 2010 massive Widerstände im Congress gegen die Schließung des Gefangenenlagers *Guantánamo*.

So hat sich der Streitkräfteausschuss des Senats am 27. Mai 2010 im Rahmen seiner Verabschiedung der Vorlage zur *Defense Authorization Bill* für das kommende Haushaltsjahr 2011, das rechnerisch am 1. Oktober 2010 beginnt, in einem Zusatz dafür ausgesprochen,

- keine Haushaltsmittel für den Umbau eines Gefängnisses in Thomson, Illinois, zum Hochsicherheitsgefängnis zur Verfügung zu stellen, das nach den Vorstellungen der Obama-Administration die noch verbliebenen etwa 180 Gefangenen aus *Guantánamo* aufnehmen soll.

Das Repräsentantenhaus hat einen Tag später im Rahmen seiner Verabschiedung der *Defense Authorization 2011* beschlossen,

- die Verlegung oder Entlassung von Gefangenen, die sich derzeit in *Guantánamo* befinden, in die USA komplett zu verbieten, weil die damit verbundenen Sicherheitsrisiken zu groß wären.

Präsident Obama hatte nur zwei Tage nach seiner Amtsübernahme am 20. Januar 2009 im Rahmen einer *Executive Order* die Schließung des kontroversen Lagers innerhalb eines Jahres angekündigt und mit der Politik seiner Vorgängers George W. Bush gebrochen, der im Rahmen des „war on terror“ nach dem 11. September 2001 eine Politik der *Preventive Detention* betrieben hatte.

Mit dieser Politik war sowohl ein Bruch mit der III. Genfer Konvention und der Behandlung von Gefangenen im Rahmen des Kriegsvölkerrechts als auch die Verweigerung von *Habeas Corpus* nach Artikel I, Abschnitt 9, der amerikanischen Ver-

fassung verbunden gewesen (vgl. CR 11-12/2007, S. 3).

Darüber hinaus waren systematische Folterpraktiken der CIA gegenüber dieser von der Bush-Administration als „unlawful enemy combatants“ bezeichneten Gefangenen-Gruppe bekannt geworden (vgl. CR 3-4/2009, S. 8; CR 7-8/2009, S. 5).

Präsident Obama hatte mit dieser Politik nach seiner Amtsübernahme gebrochen und die Schließung aller von der CIA - zum Teil geheim betriebenen - Gefangenenlager verfügt. In einer Grundsatz-Rede vor Spitzen der Administration und des Congress in den *National Archives* am 21. Mai 2009 erklärte der 44. Präsident, warum er einen kompletten Politikwechsel im Umgang mit „enemy combatants“ für notwendig erachtet.

„Now let me be clear“, so Obama: “We are indeed at war with al Qaeda and its affiliates. We do need to update our institutions to deal with this threat. But we must do so with an *abiding confidence in the rule of law and due process; in checks and balances and accountability.*“

Wenig später fügte der Präsident hinzu: „I know some have argued that brutal methods like waterboarding were necessary to keep us safe. I could not disagree more (...) And I categorically reject the assertion that these are the most effective means of interrogation. *What’s more, they undermine the rule of law. They alienate us in the world. They serve as recruitment tool for terrorists, and increase the will of our enemies to fight us, while decreasing the will of others to work with America.*(...) Rather than keeping us safer, the prison at Guantanamo has weakened American national security.“ (Hervorhebungen durch die Redaktion)

Obama sprach in diesem Zusammenhang von “values as our best national security asset“, ein klarer Verweis darauf, dass die USA den Kampf gegen den internationalen Terrorismus nur gewinnen können, wenn sie auch den damit verbundenen Kampf der Ideen gewinnen.

Von diesem Ziel ist die Obama-Administration mit Blick auf Guantánamo durch den Widerstand im Congress noch weit entfernt. Zwar betont sie unverändert, dass die Schließung Guantánamos außenpolitische Priorität hat. Gleichzeitig hat die Administration zwischenzeitlich aber auch erklärt, dass „the president can’t just wave a magic wand to say that Gitmo will be closed“.

Einflussreiche Demokraten im Senat wie der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses Carl Levin (Michigan) werfen der Administration vor, „nicht viel Energie in ihre Position“ zu Guantánamo zu stecken. Der Senator befürchtet deshalb, dass das Gefangenenlager auch bei der nächsten Amtseinführung eines amerikanischen Präsidenten 2013 noch bestehen könnte.

Nach Berechnungen des Pentagon haben die USA zwischen 2002 und 2009 etwa 2 Mrd. USD für die Unterhaltung des Gefangenenlagers ausgegeben.

9. Justizausschuss bestätigt Nominierung von Elena Kagan als Verfassungsrichterin

Der Justizausschuss des Senats hat am 20. Juli 2010 die Nominierung von Elena Kagan als Verfassungsrichterin mit 13 zu 6 Stimmen bestätigt. Nur Lindsay Graham (R-South Carolina) stimmte mit der demokratischen Ausschussmehrheit unter ihrem Vorsitzenden Patrick J. Leahy (Vermont) für die nach Artikel II, Abschnitt 2 der amerikanischen Verfassung notwendige Bestätigung Kagens durch den Senat. Kagan war von Barack Obama am 10. Mai 2010 für den *Supreme Court* nominiert worden und ist nach Sonia Sotomayor die zweite Frau (vgl. CR 7-8/2009, S. 9), die der 44. Präsident der Vereinigten Staaten für das Amt der Verfassungsrichterin vorgeschlagen hat.

Die 50jährige Elena Kagan, die derzeit als stellvertretende Justizministerin (*Solicitor General*) der Administration Obama angehört, soll die Nachfolge des 90jährigen Verfassungsrichters Paul Stevens antreten, der nach 35 Jahren Tätigkeit als *Supreme Court Justice* im April 2010 seinen Wechsel in den Ruhestand erklärt hatte. Stevens wurde wie die Richter Breyer, Sotomayor und Ginsburg der liberalen Fraktion des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten zugerechnet. Zur konservativen Fraktion werden neben *Chief Justice* Roberts die Verfassungsrichter Alito, Scalia und Thomas gerechnet, während Verfassungsrichter Kennedy oftmals die „swing vote“ in den Entscheidungen des mit insgesamt neun Richtern besetzten Obersten Gerichtshofs zukommt.

Kagan erhielt ihre Ausbildung an den renommierten Universitäten Princeton, Oxford und Harvard, wo sie 1986 magna cum laude in Jura promovierte. Anschließend arbeitete sie zunächst für Richter Abner J. Mikva vom *U.S. Court of Appeals for the District of Columbia* und Verfassungsrichter Thurgood Marshall, um sich dann dem Präsidentschaftswahlkampfteam des Demokraten Michael Dukakis anzuschließen, der 1988 George H. W. Bush unterlag. Nach einer Tätigkeit bei einer großen Washingtoner Anwaltskanzlei wechselte sie 1991 an die juristische Fakultät der *University of Chicago*, wo sie bis 1999 arbeitete. In dieser Zeit ließ sie sich mehrfach beurlauben, um unter anderem mit dem *Senate Judiciary Committee* und als *White House Counsel* und *Domestic Policy Council Deputy Director* in der Administration Clinton zu arbeiten. Im Jahr 1999 wechselte sie dann an die Harvard Law School, deren Dekanin sie zwischen 2003 und 2009 war.

Die Demokraten im Senate Judiciary Committee unter Führung von Patrick Leahy (Vermont) strichen während der Anhörungen zur Nominierung von Kagan vor allem deren „really-world perspective“ heraus und betonten, dass sie eine konsensorientierte Pragmatikerin sei, die in der Lage wäre, Brücken zu bauen. Entsprechend werde sie auf die konservativen Mitglieder des Obersten Gerichtshofs zugehen und ideologische Gräben in einem fragmentierten Umfeld zuschütten helfen.

Die Republikaner um Jeff Sessions (Alabama) hingegen warfen Kagan vor

- eine „politische Aktivistin“ zu sein, die die notwendige Form der Überparteilichkeit auf Grund ihrer Vita vermissen lasse und sich der Beförderung liberaler Wertvorstellungen verschrieben habe. Außerdem ließe sie die für das Amt der Verfassungsrichterin notwendige Erfahrung als Richterin vermissen.

Politische Unterstützung erhielten sie dabei von der *National Rifle Association*, die Kagans Position zum zweiten Verfassungszusatz kritisierte und sich gegen die Bestätigung der derzeitigen stellvertretenden Justizministerin aussprach.

Dies sollte den Senat vor dem Hintergrund der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse jedoch nicht daran hindern, die Nominierung Elena Kagans als Verfassungsrichterin noch vor der Sommerpause im August 2010 zu bestätigen.

In diesem Zusammenhang ist eine schärfer werdende parteipolitische Polarisierung in der Bewertung der Nominierung von Verfassungsrichterin im amerikanischen Senat zu beobachten. Dafür spricht auch das Votum des *Judiciary Committee* zur Nominierung Kagans, die nur von einem Republikaner im Ausschuss unterstützt wurde.

In diesen Trend fügt sich ein, dass im vergangenen Jahr nur neun Mitglieder der republikanischen Senatsfraktion die Ernennung von Sonia Sotomayor zur Verfassungsrichterin unterstützten. Umgekehrt sprachen sich im Jahr 2006 nur vier Mitglieder der demokratischen Senatsfraktion für die Ernennung von Samuel A. Alito zum *Supreme Court Justice* aus, wobei der damalige Senator Barack Obama zu denjenigen gehörte, die ein *Filibuster* zur Blockade Alitos in Erwägung zogen.

Stark parteipolitisch polarisiert war das Abstimmungsverhalten im Senat zuletzt 1991 bei der Ernennung von Clarence Thomas, beziehungsweise der Nominierung von Robert Bork, dem der Senat die erforderliche einfache Mehrheit im Jahr 1987 schlussendlich verweigerte.

Vor diesem Hintergrund war Präsident Obama gut beraten, eine Kandidatin für das Amt der Verfassungsrichterin vorzuschlagen, die keine politisch angreifbaren juristischen Spuren durch eine vorangegangene Arbeit als Richterin hinterlassen hat, auch wenn dies um den Preis mangelnder Erfahrung in der praktischen Rechtssprechung geschehen ist. Elena Kagan hat es im Rahmen der Anhörungen zu ihrer Nominierung im Senat zudem geschickt vermieden, sich inhaltlich festzulegen und ist den politischen Anfeindungen der Republikaner konsequent und selbstbewusst aus dem Weg gegangen.

10. Senator Robert C. Byrd verstorben

Im Senat ist nach einer Amtszeit von 51 Jahren, fünf Monaten und 25 Tagen am 28. Juni 2010 der demokratische Senator Robert Carlyle Byrd (West Virginia) gestorben. Byrd wurde 1917 in North Wilkesboro, North Carolina, geboren und hatte neun Mal

erfolgreich in den Senatswahlen für den Bundesstaat West Virginia kandidiert. Das letzte Mal hatte er 2006 mit 64 Prozent der Stimmen seinen Senatssitz verteidigt.

Byrd galt als „quintessential senator“ und war im Laufe seiner politischen Karriere im Senat unter anderem dreimal als Vorsitzender des mächtigen Senate Appropriations Committee tätig. Während der Präsidentschaft des Demokraten Jimmy Carter (1977-1981) übte er das machtvolle Amt des Senate Majority Leader aus. Auch während der Präsidentschaft des Republikaners Ronald Reagan (1981-1989) bekleidete er das Amt des Senate Minority bzw. des Senate Majority Leader.

Byrd begann seine politische Karriere kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als er 1946 in das Abgeordnetenhaus West Virginias gewählt wurde. 1952 wurde er in das Repräsentantenhaus in Washington gewählt und 1958 dann zog er in den Senat ein, als er sich gegen den republikanischen Amtsinhaber Chapman Revercomb durchsetzte.

Seine vierte Wiederwahl für den Senat gewann er 1976 mit 100 Prozent der abgegebenen Stimmen, wobei er in seinen Wahlkämpfen vor allem ökonomische und soziale Themen, aber auch die Rechte der Gewerkschaften in den Vordergrund rückte, was ihm den Ruf eines *New Deal Democrat* einbrachte.

Legendär waren seine Bemühungen um Bundeszuweisungen für den Staat West Virginia, wo zahllose Autobahnen, Brücken, Staudämme, Bildungs- und Forschungseinrichtungen seinen Namen tragen.

Senator Byrd machte sich aber auch einen Namen als Anwalt komplementärer Kompetenzen und wechselseitiger Kontrollen (*checks and balances*) zwischen Legislative und Exekutive, so wie sie in der Verfassung der Vereinigten Staaten von 1787 bezeichnet sind. Dabei galt seine Sorge vor allem den Tendenzen einer imperialen Präsidentschaft, in der die Exekutive die Machtbalance zwischen Präsident und Kongress immer mehr zu ihren Gunsten verschiebt und die Legislative von ihrem Platz als „First Branch of Government“ verdrängt.

Im Jahr des Irak-Krieges 2003 gehörte Byrd zu jener Gruppe von Demokraten im Senat, die sich gegen die Ermächtigungsresolution für die militärische Intervention stemmten. „In only two short years“, so der Senator damals an die Adresse Präsident George W. Bushs und seiner Administration, „this reckless and arrogant administration has initiated politics which may reap disastrous consequences for years. One can understand the anger and shock of any president after the savage attacks of Sept. 11. But to turn one’s frustration into the kind of extremely destabilizing and dangerous foreign policy debacle that the world is currently witnessing is inexcusable.“

Als Nachfolger Bryds wurde vom Gouverneur West Virginias, Joe Manchin, der erst 36-jährige C. P. Goodwin ernannt, der zwischen 2005 und 2009 als Manchins *Chief Counsel* fungierte. Goodwin entstammt einer prominenten Familie des Bundesstaats und schloss seine Ausbildung 1999 mit einem juristischen Dokortitel an der *Emory University* ab.

Durch die Ernennung Goodwins verfügen die Demokraten wieder über 59 Stimmen im Senat, da sich auch die beiden Unabhängigen Lieberman (I-Connecticut) und Sanders (I-Vermont) der Fraktion der Demokraten angeschlossen haben. Der demokratischen Senatsmehrheit stehen seit der Wahl des Republikaners Scott Brown in Massachusetts im Januar 2010 als Nachfolger des verstorbenen demokratischen Senators Ted Kennedy (vgl. CR 1-2/2010, S. 13) 41 Republikaner gegenüber.

Mit der überraschenden Wahl Browns verloren die Demokraten die auf Grund der Geschäftsordnung des Senats wichtige *Supermajority* von 60 Stimmen, die erforderlich ist, um eine Blockade der Minderheit durch *Filibuster* zu brechen.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.sowi.uni-kl.de/wcms/427.html>